

Sportschützen sehen Existenz bedroht

Kritische Diskussion zum Waffenrecht

ALTONA • Eine weitere Verschärfung des Waffenrechts und die geplante Einführung einer Sportgerätesteuer auf Waffen sorgen bei Sportschützen und Schützenvereinen für Unruhe. Das wurde am Montagabend im Verlauf einer Podiumsdiskussion im Hotel „Gut Altona“ deutlich, zu der die FDP-Bundestagsabgeordnete Angelika Brunkhorst eingeladen hatte und die auf großes Interesse stieß.

Mit Serkan Tören, FDP-Bundestagsfraktionskollege und Mitglied im Innenausschuss des Bundestages, Jürgen Hasselberg, Präsident des Schützenbundes Wildeshausen, und Karl-Wilhelm Jacobi, Vorsitzender der Jägerschaft Oldenburg-Delmenhorst, saßen drei Fachleute auf dem Podium, die sich zu den Themen Waffenrecht und Jagdgesetzgebung äußerten.

„Wir Schützen sagen Nein zur geplanten Sportgerätesteuer“, betonte Hasselberg. Als Präsident steht er acht Vereinen aus den Bereichen Traditions-, Sport- und Bogenschießen vor. Von bis zu 700 Euro Steuer pro Waffe war die Rede. „Das wäre das Aus für viele Vereine“ prognostizierte Hasselberg. „Hardliner wollen die Waffen reduzieren und möglichst ganz abschaffen.“ Dabei habe Deutschland schon jetzt das schärfste Waffenrecht weltweit. „Wenn Ihr Nachbar Sportschütze ist, können Sie sicher sein, dass er einer der am besten überprüften Bürger des Landes ist“, sagte Hasselberg.

Wie er verweist auch Tören darauf, dass von den jährlichen Taten mit Schusswaffen nicht einmal ein Prozent mit registrierten Waffen verübt werde.

„Darin enthalten sind auch noch die legalen Schusswaffeneinsätze der Polizei“, ergänzte einer der Zuhörer. „Wenn man private Schusswaffen verbieten will, dann muss man auch andere Dinge wie Klingen, Baseball- oder Golfschläger verbieten“, sagte Hasselberg.

Zwar werde nach Vorfällen in Deutschland regelmäßig nach schärferen Gesetzen gerufen. „Die Zustände hier sind aber nicht mit denen in den USA vergleichbar“, betonte Tören, der erst vor Kurzem in Amerika mit Kongressabgeordneten über dieses Thema gesprochen hatte. „Wir haben hier kein Problem mit legalen Waffen, sondern mit illegalen.“ Die verdachtsbezogenen Kontrollen der Sicherheitsbehörden bei Waffenbesitzern sieht er als erheblichen Eingriff in die Privatsphäre der Bürger.

Ähnliche Sorgen plagen die Jäger. Auch sie sind von den Verschärfungen des Waffenrechts betroffen. Zudem könnte durch die aktuelle Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) die Jagd weiter eingeschränkt werden. Der EuGH hatte einem Grundstückseigentümer zugestanden, einem Jagdpächter auf seinen Liegenschaften die Jagd zu verbieten.

„Das war allerdings eine Einzelfallentscheidung“, sagte Jacobi. Sollte die Rechtsprechung sich allerdings durchsetzen, sieht der Vorsitzende der Kreisjägerschaft gravierende Auswirkungen auf die gesamte Natur. „Das reicht von den Nachbarn des Jagdreviers, die dann vermehrten Wildverbiss erleiden bis hin zur Tierseuchenbekämpfung“, listete er nur einige Punkte auf. • msi



Angelika Brunkhorst hatte Karl-Wilhelm Jacobi, Jürgen Hasselberg und Serkan Tören (v.r.) zur Podiumsdiskussion über das Waffen- und Jagdrecht eingeladen. • Foto: Siemer